

Die Furcht der Funktionäre vor der Macht der Mitglieder

Die Ergebnisse der Kommunalwahl in NRW sind ein Debakel für Wagenknechts Parteiprojekt. Das Kommunalwahlrecht erschwert kleinen Parteien systematisch den Wahlantritt vor Ort. Die Hindernisse sind aber nur schwache Erklärungsfaktoren für die klare Niederlage des BSW. Stärker wiegt der breite Vertrauensverlust der Partei bei ihren Unterstützern. Parteivorstände verhindern bewusst oder unbewusst die Profilierung kompetenter Persönlichkeiten als Multiplikatoren für die Partei und damit auch die Formulierung starker inhaltlicher Forderungen. Die im BSW evidente Furcht führender Funktionäre vor kompetenten Mitgliedern und Unterstützern ist ein typisches Phänomen neuer Parteien. Der deutschen Regierungspolitik entgegenstehende Parteiprojekte gehen notorisch an inneren Konkurrenzkämpfen zugrunde und verbrennen dabei massenhaft das Engagement und die Reputation von Menschen mit oppositionellem Potenzial. Geht das BSW denselben Weg, dann endet mit ihm jede Aussicht auf parlamentarischen Widerstand gegen den Krieg.

Mit NRW-weit durchschnittlich [1,1 Prozent Stimmenanteil](#) bei der Kommunalwahl hat das BSW gegenüber der EU-Wahl und der Bundestagswahl massiv an Zustimmung verloren. Wagenknechts Parteiprojekt erreichte in den meisten Kommunen um die zwei Prozent der Stimmen, selten aber mehr als drei Prozent, und schnitt damit deutlich schlechter ab als noch bei der Bundestagswahl, als die Partei in NRW robuste vier Prozent holte und bundesweit nur knapp an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterte. Die gebotene aber verschleppte [Neuauszählung](#) der Bundestagswahl würde das BSW sicher in den Bundestag bringen und die aktuellen Mehrheitsverhältnisse dort kippen. Mit dem BSW im Bundestag gäbe es keinen Kriegskanzler Merz, dafür aber einen dringend benötigten [Untersuchungsausschuss](#) zur Aufarbeitung der Pandemiepolitik. Der gesellschaftliche Rückhalt für die Partei ist trotzdem deutlich geschwunden, wie die Ergebnisse der Kommunalwahl in NRW belegen.

Die politische Wirkkraft des BSW leidet unter einem selbstverschuldeten schwachen Personalangebot auf allen Ebenen. Der Antritt des BSW in nur 47 von 427 nordrhein-westfälischen Kommunen zieht natürlich den landesweiten Schnitt der Partei nach unten. Die unverhältnismäßig hohe Zahl an Unterstützerunterschriften, die neue Parteien für einen Antritt zur Kommunalwahl in jedem Wahlkreis beibringen müssen, schwächt die Demokratie vor Ort. Die schwache Aufstellung des BSW ist aber nicht allein den Herausforderungen des kommunalen Wahlrechts geschuldet, sondern vor allem eine Konsequenz des durch Kontrollwut systematisch verlangsamten Parteaufbaus. Wenn profilierte Kommunalpolitiker und gut vernetzte Akteure der Zivilgesellschaft monatelang, teils bis heute, auf eine Bearbeitung ihrer Mitgliedsanträge warten, verhindert dies die Organisation vor Ort und auch die wichtige Personifizierung von Politik.

Das BSW hat nirgends in NRW zufriedenstellende Ergebnisse eingefahren, am wenigsten dort, wo die lange Hand des Landesvorstands am stärksten wirkte. Die handverlesenen Kandidaten auf den Listen in den Ruhgebietsmetropolen Bochum, Dortmund, Duisburg und Gelsenkirchen überzeugten mit einem Wahlergebnis von jeweils rund zwei Prozent deutlich weniger Wähler als erwartet, trotz Wagenknecht-Besuchen im Wahlkampf. Das landesweit beste Ratswahlergebnis erreichte mit 3,1 Prozent Stimmenanteil die BSW-Liste in [Hagen](#), wo der bekannte EU-Abgeordnete und ehemalige Düsseldorfer Oberbürgermeister Thomas Geisel bei der Listenaufstellung mitwirkte. Thomas Geisel ist erklärter [Kritiker](#) der hierarchischen Parteiführung und des zögerlichen Mitgliederwachstums.

Politik wird über Personen gemacht. Stärker als die Listen für Stadt-, Kreis- und Gemeinderäte schnitten vielerorts die Kandidaten für ein Bürgermeisteramt ab. In der Stadt [Neuss](#) im Rhein-Kreis Neuss erreichte der BSW-Bürgermeisterkandidat Falk vom Dorf mit 3,9 Prozent ein herausragendes Ergebnis, auch verglichen mit dem dortigen Ergebnis der Ratswahl (1,7 Prozent). Auch in [Aachen](#) unterscheidet sich das Ergebnis für Oberbürgermeisterkandidat Kiril Karasev (3,01 Prozent) deutlich

von jenem der Stadtratsliste (1,74 Prozent). In beiden Städten profitierten die BSW-Kandidaten auch davon, dass die AfD keinen Kandidaten aufstellen konnte. Das BSW tut gut daran, AfD-Wählern ein besseres, also friedensbewegtes, kompetentes und sozial engagiertes Personalangebot zu machen, und sie vor allem nicht mit verbaler Brandmauererei zu beleidigen.

Parteigründerin Sahra Wagenknecht weiß, wie wichtig glaubwürdige und bekannte Personen in der Politik sind. Die erfolgreiche Friedensdemo am 13. September in Berlin mit rund zwanzig tausend Teilnehmern und einem deutlichem Medienecho zeigt einmal mehr, dass Wagenknecht die Relevanz profilierter Persönlichkeiten für den Erfolg kollektiver Organisation verstanden hat und zu nutzen weiß. Bereits auf der [Pressekonferenz](#) einige Tage vor der Kundgebung trat sie als unangefochtene inhaltlich-programmatische Autorität auf, hatte aber mit Schauspieler Dieter Hallervorden und dem Musiker Massiv starke Mitstreiter an ihrer Seite, die eigenständig sprechfähig sind in relevanten politischen Fragen und überdies Zuschauer und Unterstützer unterschiedlichen Alters und verschiedener sozialer Herkunft ansprechen. Wagenknecht steht wie niemand sonst in der deutschen Politik für einen Schulterchluss organischer Intellektueller mit der Politik, und für die enge Verzahnung parlamentarischer und außerparlamentarischer Opposition. Sie findet weiterhin Anerkennung bei den Massen wie bei namhaften Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens - trotz aller Kriegspropaganda und gegen alle Verleumdungen und Diffamierungen der Friedensbewegung und ihrer Person.

Fatalerweise weicht Wagenknechts Parteiprojekt bereits seit der Aufstellung zur Bundestagswahl eklatant von der politischen Strategie seiner Gründerin ab. Trat die Partei zur Wahl des EU-Parlaments im Sommer 2024 noch erfolgreich mit einer prominent besetzten Liste an, erfolgte die Aufstellung der Listen für die Bundestagswahl eher nach der Sympathie führender Funktionäre als nach öffentlicher Reputation der Kandidaten. Auf den Bundestagslisten fehlten weitere NATO-kritische Intellektuelle neben dem bundesweit bekannten Michael Lüders. Landesvorstände verdrängten die zehn damaligen [Bundestagsabgeordneten](#) der Partei, die mit der Parteigründung im Oktober 2023 Geschichte geschrieben, teils auf die Plätze drei bis fünf der Landeslisten für den Bundestag, statt sie selbstbewusst nach vorn zu stellen. Die zehn Abgeordneten waren und sind fast alle bundesweit bekannt als Friedensaktivisten, Gewerkschafter oder Kritiker der Coronamaßnahmen. Landesvorstände verhinderten außerdem teils aktiv die Aufstellung von Direktkandidaten, meist unter Verweis auf den extrem kurzen Wahlkampf, was die Außenwirkung des BSW im Wahlkampf vor Ort zusätzlich schwächte. Mit etwas mehr Prominenz und etwas mehr Mut zur Provokation hätte es für einen Einzug des BSW in den Bundestag gereicht. Thüringen hin, Auszählungsfehler her.

Im Kommunalwahlkampf in NRW leistete der Landesvorstand sich den risikoreichen Affront, BSW-Unterstützer mit eigenen Ambitionen für ein ehrenamtliches kommunales Engagement proaktiv vor den Kopf zu stoßen. Bereits im April forderte der Landesvorstand per Rundmail alle Unterstützer dazu auf, „die BSW-Kolleginnen und -Kollegen, die auf den vorderen Listenplätzen stehen“ mit formalen weil aussichtslosen "Solidaritätskandidaturen" auf hinteren Listenplätzen und in Direktwahlkreisen zu unterstützen, als „Akt der Solidarität gegenüber unserer Partei“. Ein fast tragikomisches Beispiel der Unterschätzung kollektiver Intelligenz. Hunderte zivilgesellschaftlich und kommunalpolitisch aktive BSW-Unterstützer in NRW haben erwiesenermaßen die Fähigkeit zur kompetenten Ratsmitgliedschaft im Sinne der BSW-Ziele Frieden, Vernunft und Gerechtigkeit. Der Landesvorstand degradierte sie zum Flyer verteilen, und das oft für ihnen persönlich unbekannte und politisch profillose Kandidaten. Wenig überraschend wandten viele Unterstützer sich stirnrunzelnd bis misstrauisch ab. Der BSW-Wahlkampf lief dort stabil, wo die Kandidaten Teil einer aktiven lokalen Unterstützerguppe waren.

BSW-Parteifunktionäre fürchten offensichtlich starke Konkurrenz bei der künftigen Listenbesetzung für lukrative Mandate auf Landes- und Bundesebene. Nur so erklärt sich ihre tragische Abkehr von der erfolgreichen Strategie der EU-Wahl, kompetente Persönlichkeiten im Namen des BSW einfach

machen zu lassen. Parteivorstände, die eine Partei aus Angst vor interner Konkurrenz kaputtschrumpfen, behindern effektiv die Personifizierung von Politik und verunmöglichen ein starkes programmatische Profil für das BSW. Auch ihre zunächst vielversprechend mit externer Prominenz und renommierter Kompetenz besetzten Expertenräte vernachlässigt die Partei inzwischen sträflich, anstatt deren [gute programmatische Arbeit](#) durch ein Schattenkabinett aus Sprechern für verschiedene Politikbereiche konsequent und selbstbewusst nach außen zu tragen. Viele organische Intellektuelle ziehen sich enttäuscht, und auch vielleicht ein bisschen erleichtert, in die weniger exponierte Welt ihrer jeweiligen Institutionen zurück und überlassen die notwendige Vorbereitung eines Politikwechsels in Deutschland wohl oder übel den neoliberalen bis libertären Experten, welche die AfD in parlamentarischen Untersuchungsausschüssen allerorten in Szene setzt.

Die Mitgliederaufnahme ist für neue Parteien immer ein Wagnis, egal ob handverlesen oder mit offenen Armen. Wagenknecht selbst hat die fatalen Folgen der Machtkonzentration bei Funktionären verstanden. Am 29. April 2025 sagte die Parteigründerin im Talk bei Sandra Maischberger, es gebe „berechtigte Kritik an der Mitgliederaufnahme“ und die Partei werde den Kurs des langsamen Wachstums nun ändern, um enttäuschte Mitstreiter zurückzugewinnen und parteiinterne Karrierenetzwerke zu entmachten. Wagenknecht wörtlich: „Da hatten wir eine Idee, die in der Theorie plausibel war. Wir haben gesagt, junge Parteien zerlegen sich oft, weil sie Neurotiker, Verrückte und Radikale anziehen. Also gucken wir genau hin, wen wir in die Partei aufnehmen. Aber im Effekt hat es bewirkt, dass wir ganz viele ehrliche Unterstützer, die aus ganz redlichen Motiven bei uns mitmachen wollten und wollen, zum Teil verprellt haben. (...) Wir haben tatsächlich durch diese sehr kleinen Strukturen auch Karrierenetzwerke und Klüngel sogar befördert. Also genau das, was wir nicht wollten, haben wir begünstigt. Deshalb werden wir jetzt anders vorgehen (...). Man lernt aus Fehlern. Wir werden es jetzt anders machen, wir werden größer werden, und ich hoffe sehr, dass all diejenigen, die jetzt so lange gewartet haben, immer noch dabei sind. Weil es das BSW einfach politisch braucht.“

Wagenknechts deutliche Worte haben das Agieren des NRW-Landesvorstandes im Kommunalwahlkampf offensichtlich kaum bis gar nicht beeinflusst. Ein Beleg für die notorische Beratungsresistenz kleiner Netzwerke in großen Organisationen. Den verpassten Einzug in den Bundestag konnten BSW-Parteivorstände auf evidente Auszählungsfehler und auch auf die unbeliebten Regierungsbeteiligungen in Thüringen und Brandenburg schieben und somit eigene Fehler relativieren. BSW-Parteifunktionäre konnten und können sich den unbestrittenen Erfolg auf die Fahne schreiben, den Medien im Bundestagswahlkampf jenseits der harten aber notwendigen inhaltlichen Richtungskämpfe mit dem Thüringer Landesverband keine Skandale geliefert zu haben. Mangels berichtenswerter Konflikte konzentrierte sich die mediale Kampagne gegen das BSW im Bundestagswahlkampf auf zwei [abtrünnige Mandatsträger](#) auf Kreisebene, sowie auf zwei Mitglieder in [Hamburg](#), die einen eigenen BSW-Landesverband zu gründen versuchten. Das BSW ist nicht, wie andere kleine Parteien, in der Gründungsphase in internen Auseinandersetzungen erstickt. Diese Leistung mag ein Grund sein für den Hochmut der Funktionäre, wenn auch keine Entschuldigung.

Mit dem nun angelaufenen Anwachsen des BSW auf rund [zehn Tausend Mitglieder](#) bis Ende 2025 könnte sich das personelle Kompetenzprofil des BSW massiv wandeln und die Partei so an Glaubwürdigkeit und Relevanz zurückgewinnen. Hierfür müssten allerdings ihre Lenker, die in den entscheidenden Monaten der Parteigründung und EU-Wahl 2024 außergewöhnlichen Mut und großes Geschick bewiesen haben, in ihren banger Herzen wieder die Zuversicht finden, starke Persönlichkeiten neben sich zu dulden. Gibt es so etwas wie Schwarmintelligenz tatsächlich, dann werden die vielen neuen Mitglieder den nun notwendigen Druck von unten ohne Groll und differenziert ausüben. Es kann nicht darum gehen, einen funktionierenden organisatorischen Unterbau einzureißen, sondern darum, pfadabhängige Fehler zu korrigieren und eine Balance zu finden zwischen individuellen Interessen und kollektiven Zielen.

Die Zukunft des BSW hängt vor allem vom Umgang der Vorstände mit den vielen ab, die lange auf die Zuschauerbank verbannt waren und es teils noch immer sind. Schaffen die Funktionäre es nicht, den Mitgliedern und Unterstützern des Parteiprojekts endlich angstfrei auf Augenhöhe zu begegnen, so droht ein schmerzhafter Häutungsprozess, der das BSW entweder zerreißt, oder seine Geburtshelfer politisch stärker degradiert, als diese es angesichts der historisch einmaligen Erfolge des Parteiprojekts objektiv verdienen. Mit seinen kurzen Dienstwegen hat der NRW-Landesvorstand es diesen Sommer unbestritten geschafft, skandalfrei und flächendeckend Kreis- und Stadtverbände im ganzen Land aufzubauen. Das funktionstüchtige Delegiertensystem ermächtigt nun die Mitglieder, aus dem Ruder laufende Karrierenetzwerke einzuhegen und kompetente Persönlichkeiten nach vorn zu bringen.

Steter Tropfen höhlt den Stein - das zeigt unter anderem die ermutigende Entwicklung des BSW in Thüringen und Brandenburg. Die zu Recht viel kritisierten BSW-Vertreter in Thüringens Landesregierung üben inzwischen stabil und effektiv [Widerspruch gegen den Kriegskurs](#) und senden Seite an Seite mit der Brandenburger Landesregierung im Bundesrat immer wieder deutliche Signale gegen die herrschende Politik, zuletzt auch gegen die [Ausweitung der Befugnisse der Weltgesundheitsorganisation \(WHO\)](#). Die [Corona-Aufarbeitung](#) durch BSW-Mandatsträger in Landtagen und Stadträten erfährt inzwischen reibungslose Unterstützung durch den Parteiapparat, was ebenfalls ein Ergebnis steten Drucks von Mitgliedern und Unterstützern ist. Seine weitere Daseinsberechtigung verdankt das BSW nicht zuletzt der säbelrasselnden AfD, die bei aller richtigen Kritik am Ukrainekrieg weder den Völkermord in Gaza als solchen benennt, noch der drohenden allgemeinen [Kriegsdienstpflicht](#) entschieden entgegentritt oder den militärisch-industriellen Komplex in seinem steten Wachstum auf Steuerkosten begrenzt, tatsächlich Kriegsvorbereitungen vor Ort sogar [unterstützt](#). Selbst die viel gescholtene Thüringer BSW-Fraktion hat inzwischen erkannt: für die wichtigste Aufgabe unserer Zeit, die Friedenssicherung, braucht es zwischen Oppositionsparteien eine fruchtbare [inhaltliche Auseinandersetzung](#) ohne Brandmauern.

Die Furcht der Funktionäre vor der Macht der Mitglieder agiert als Bremsklotz bei der notwendigen Weiterentwicklung des BSW. Die Partei besetzt eine Leerstelle in der deutschen Politik, solange nur sie sich konsequent mit den Mitteln der parlamentarischen Demokratie wie der außerparlamentarischen Opposition den offenen [Kriegsvorbereitungen](#) Deutschlands entgegenstellt. Für eine nicht unerhebliche Minderheit in Deutschland ist eine Zukunft unerträglich, in der ihren Kindern nur die Wahl bleibt zwischen Kriegsdienst und Fahnenflucht. Tausende friedensbewegte Menschen haben ein ureigenes Interesse daran, auf allen Ebenen starke Persönlichkeiten für das BSW in die Parlamente zu bringen. Ob dies gelingt, und ob Parteifunktionäre dabei eher kooperieren oder gegenarbeiten, bleibt abzuwarten. Kollektives Handeln ist dynamisch und unvorhersehbar. Zum Glück.

Dr. Mona Aranea ist promovierte Soziologin und Mutter von zwei Kindern. Sie ist Pressesprecherin des Friedensbündnis NRW und des Münchner Friedensnetzwerks „Macht Frieden“. Sie unterstützt das BSW als Mitglied des Corona-Expertenrats und ist seit Mitte September auch Parteimitglied.